



# Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

3. November 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie haben vielleicht schon davon gehört: Jedes Jahr können mich 150 Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis auf einer politischen Bildungsreise besuchen, die das Bundespresseamt organisiert. Bei diesen Fahrten sammle ich immer Spenden, die gemeinnützigen Projekten aus dem Wahlkreis zugutekommen. Dieses Jahr kamen insgesamt etwa 1700 € zusammen, die ich dann auf 2000 € aufgerundet habe. Das Geld habe ich nun anteilig an Projekte aus dem Bereich der Flüchtlingsarbeit übergeben. Auf meiner Website und auf meiner [Facebook-Seite](#) gibt es Bilder der Spendenübergaben und der sich freuenden Empfänger.

Am Wochenende haben sich Spitzenpolitiker der Koalition getroffen, um die unterschiedlichen Positionen zum Umgang mit der Flüchtlingskrise zu diskutieren. Es kam dabei leider zu keiner Einigung. Mich ärgert, dass nun behauptet wird, die SPD schalte auf stur – so ist es selbstverständlich nicht. Wir haben nur klar gesagt, dass wir die von der Union geforderten „Transitzonen“ an den Grenzen für keine gute Idee halten. Solche Lager müssten mehrere zehntausend Menschen auf einmal aufnehmen – so viele Unterbringungsplätze an der Grenze sind völlig unrealistisch. Außerdem haben wir schwere rechtliche und ethische Bedenken. Denn faktisch wäre das ein massenhaftes Einsperren von Männern, Frauen und Kindern.

Ich sehe übrigens auch nicht, wie die Idee angesichts hunderter Kilometer grüner Grenze überhaupt umsetzbar sein sollte! Oder, um einen Satz meines Kollegen Stefan Rebmann auf Twitter zu zitieren: „Wer von Afghanistan bis her zu uns gelaufen ist, wird sich von Seehofers Jägerzaun in Wildbad Kreuth nicht aufhalten lassen“! Wir sind stattdessen für die Einrichtung von Einreisezentren, die über das ganze Bundesgebiet verteilt werden sollen und die ankommende Flüchtlinge registrieren und weiterverteilen. Auch die Wiederausreise erfolgloser Antragsteller könnte direkt von dort erfolgen. Mehr Informationen dazu habe ich auf meiner [Website](#) zusammengestellt.

Diese Woche geht es im Bundestag um Sterbehilfe und Palliativmedizin – mehr zu diesen wichtigen Themen auf den nächsten Seiten! Ich wünsche Euch und Ihnen eine schöne Woche!

Euse / the Brigitta Zypries

## +++ Veranstaltungshinweis +++

Ausstellung  
„Blick dahinter – Häusliche Gewalt  
gegen Frauen“

Häusliche Gewalt gegenüber Frauen wird immer noch praktiziert. Egal ob es physische, psychische oder sexuelle Übergriffe sind, die vom Ehemann ausgehen - jegliche Gewaltanwendung ist eine zutiefst zu verurteilende Tat. In der Wanderausstellung geben Texttafeln, Zitate und Hörstationen einen emotionalen Einblick in den gewalttätigen Alltag.

Noch bis zum 6. November 2015 kann man die Ausstellung im Sparkassen-Kunden-Center in der Rheinstraße 12 während der regulären Öffnungszeiten ansehen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Der Eintritt ist kostenlos.



+++ Klick-Tipp +++

**Netzwerk-Asyl startet  
Internet-Plattform**

Das unermüdliche ehrenamtliche Engagement der vielen Helferinnen und Helfer in diesen Tagen und Wochen ist eine großartige Leistung. Viele Bürgerinnen und Bürger haben Kleider gespendet, beim Aufbau der Notunterkünfte geholfen und ihre „freie“ Zeit zur Verfügung gestellt.

Das Potenzial der Engagierten ist groß. Die Stadt Darmstadt und der Landkreis Darmstadt-Dieburg haben eine Internetplattform freigeschaltet, die vom Netzwerk Asyl betrieben wird. Auf diesem Portal kann man Sach- und Kleiderspenden inserieren, Kontaktadressen sämtlicher Beratungsstellen in Darmstadt und im Landkreis abrufen und Angebote für Deutschunterricht anbieten. Reinklicken lohnt sich. [www.netzwerk-asyl.net](http://www.netzwerk-asyl.net)

**Sterbehilfe und Palliativmedizin – zwei wichtige Themen diese Woche im Bundestag**

Am Freitagvormittag debattieren wir im Bundestag über **Sterbehilfe**. Anschließend wird über vier verschiedene Gesetzentwürfe dazu abgestimmt – und zwar in namentlicher Abstimmung und ohne den sogenannten Fraktionszwang. Um es vorwegzunehmen: **Ich werde alle vier Entwürfe ablehnen. Denn sie alle bedeuten eine Verschlechterung der jetzigen Gesetzeslage und werden Klagen und Prozesse nach sich ziehen.**

Es gilt, verschiedene Begriffe auseinanderzuhalten, wenn man von „Sterbehilfe“ redet: **Aktive Sterbehilfe** bedeutet die Tötung eines Menschen auf dessen Verlangen und ist bei uns verboten. **Passive Sterbehilfe** heißt, auf lebensverlängernde Maßnahmen zu verzichten oder solche Maßnahmen abubrechen. Das ist erlaubt, wenn der Patient einwilligt oder eine entsprechende Patientenverfügung hat (wozu ich rate!). Und von **indirekter Sterbehilfe** spricht man, wenn ein Patient Schmerzmittel bekommt, die sein Sterben eventuell beschleunigen könnten. Das geschieht zum Beispiel bei der Palliativmedizin, wenn ein Krebspatient in der letzten Phase seines Leidens Morphine bekommt. Auch hier bleibt der Arzt straffrei.

Die aktive Sterbehilfe ist, wie gesagt, in Deutschland verboten. Auch überall sonst auf der Welt, mit Ausnahme von Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und dem US-Bundesstaat Oregon. **Das Verbot aktiver Sterbehilfe möchte auch keiner der jetzt vorliegenden Gesetzentwürfe ändern. Selbsttötung allerdings ist nicht strafbar – folglich kann die Beihilfe dazu auch nicht strafbar sein. Ich sehe keinen Grund dazu, diese Rechtslage zu verändern.** Wir haben in Deutschland kein Problem mit der massenweisen, unseriösen, organisierten Sterbehilfe. Vielmehr kann man sehen, dass alle an Sterbehilfe beteiligten Personen und Institutionen sehr umsichtig, vorsichtig und verantwortungsvoll mit dem Thema umgehen.

**Ich möchte, dass auch in Zukunft Menschen, die ihr Leiden beenden möchten, Zugang zu ergebnisoffener Beratung haben und dass ihnen geholfen wird.** Wer gut beraten wird, nimmt vielleicht auch wieder von seinem Vorhaben Abstand, zum Beispiel, weil ihm oder ihr nicht bewusst war, wie viel heute die Palliativmedizin in der Schmerzlinderung am Lebensende leisten kann.



### Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zypries@bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@bundestag.de).

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin*

*Bilder:  
Sven-David Pfau*

**Die Gesetzentwürfe, über die am Freitag entschieden wird, schaffen mit sehr großer Sicherheit Schwierigkeiten, wo vorher keine waren.** Es gibt schon Regelungen im Arznei- und Betäubungsmittelgesetz, die schon heute verhindern, dass organisierte Sterbehilfe in Deutschland zu einem Massenphänomen wird. Auch wenn nur die „geschäftsmäßige“ Sterbehilfe unter Strafe gestellt werden soll, würde das erhebliche Probleme bedeuten. Ärzte handeln nämlich immer geschäftsmäßig – sie müssten fortan Angst haben, sich strafbar zu machen. Um es kurz zu machen – ich halte es mit dem Staatstheoretiker Montesquieu: **Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen!**

Vielleicht haben einige von Ihnen letzte Woche an meiner Veranstaltung zur Sterbehilfe im Heiner-Lehr-Zentrum teilgenommen. (Hier ist ein [Bericht](#) aus dem Darmstädter Echo darüber). Die Meinung im Publikum war so, wie es auch aus aktuellen Umfragen hervorgeht: Eine deutliche Mehrheit der Menschen in Deutschland wollen keine Änderung der bestehenden Rechtslage.

Zu Gast bei meiner Veranstaltung war Dr. Mathias Pfisterer vom AGAPLESION Elisabethenstift in Darmstadt. Er erzählte dem Publikum von seinen Erfahrungen in der **Palliativmedizin**. Man kann diese beiden Bereiche, Sterbehilfe und Palliativmedizin, nicht getrennt betrachten. Die Palliativmedizin hat in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt, das Leiden der Sterbenden kann inzwischen erheblich gelindert werden und damit lässt auch der Wunsch, den eigenen Tod aktiv herbeizuführen, nach. Palliativmedizin ist ein Segen – für die Sterbenden wie die Angehörigen. **Am Donnerstag verabschieden wir im Bundestag ein Gesetz, dass die Palliativmedizin finanziell besser unterstützen wird.** Stationäre Erwachsenen- und Kinderhospize sollen besser ausgestattet werden, ebenso die ambulant tätigen Palliativmediziner und Hospizdienste. Ich habe in einer [früheren Ausgabe](#) meines Newsletters bereits darüber berichtet.

Eine gute individuelle Betreuung am Lebensende ist unermesslich wichtig. Wer keine Angst vor Schmerzen haben muss, verliert auch etwas von der Angst vor dem Tod. Und auch für die Angehörigen ist es sehr beruhigend zu wissen, dass ein geliebter Mensch ohne Schmerzen sterben konnte, friedlich und vielleicht im Kreis seiner Familie. **Die Palliativmedizin und die Hospize leisten ungeheuer wichtige Arbeit, die unbedingt unterstützt werden muss.**